

China-Reise des Bundeskanzlers

Über neue Märkte zu neuen Arbeitsplätzen

Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat dann eine gute Zukunft, wenn wir neben unserer ausgezeichneten Stellung auf dem europäischen Markt auch die wirtschaftliche Herausforderung annehmen, die der asiatische Raum bietet.

Die Globalisierung der Wirtschaftsprozesse läßt es nicht zu, daß wir allein auf unseren Kontinent zentriert bleiben. Die China-Reise des Bundeskanzlers

Generalsekretär Peter Hintze zur China-Reise des Bundeskanzlers

ist ein entscheidender Schritt hin zu einer noch stärker auf weltweiten Export ausgerichteten Strategie. Durch den Einsatz von Bundeskanzler Helmut Kohl ist für die deutsche Wirtschaft ein neuer Markt mit langfristigen Perspektiven erschlossen. Der Bundeskanzler und die ihn begleitenden Experten haben die Chancen genutzt und begonnen, jene Lücken zu schließen, die die deutsche Wirtschaft in China und Asien noch aufweist. Der Standort Deutschland ist — besonders durch die Aufträge im Bereich deutscher Spitzentechnologie — mit der Reise des Bundeskanzlers ein wichtiges Stück gestärkt. Gewinner sind die Arbeitnehmer und die Unternehmen in Deutschland. ■

HEUTE AKTUELL

- **Sozialdemokraten**
Programmatischen Schutt hinter eine gefällige Fassade gekehrt. Seite 4
- **Innere Sicherheit**
Generalsekretär Peter Hintze: SPD und FDP müssen Weg zur wirksamen Verbrechensbekämpfung bei akustischer Beweissicherung freigeben. Seite 9
- **Tourismus**
Den Einsatz für mehr Sicherheit für Touristen weiter verstärken. Seite 10
- **Parteien**
Die zukünftige staatliche Parteienfinanzierung. Seite 19
- **Frauen-Union**
Frauen knüpfen Netze für die Zukunft. 20. Bundesdelegiertentag in Bonn. Seite 21
- **Dokumentation**
Was die SPD verschweigt. Materialien zur sozialpolitischen Argumentation. Grüner Teil

Öffentlichkeitsarbeit

Materialien zur Europa-Aktion der Jungen Union — Materialien zur Grundsatzprogramm-Diskussion — Aktuelle Broschüren. Seite 25—27

Kommentare zur China-Reise des Bundeskanzlers

● Eine Kanzler-Reise, die durch ihr Augenmaß beeindruckte

Von Oskar Weggel, China-Experte im Institut für Asienkunde in Hamburg in der „Welt am Sonntag“

Helmut Kohl ist den richtigen Weg gegangen, weil er nach einer Durststrecke von vier Jahren die durch das Tiananmen-Massaker von 1989 zerrissenen Fäden wieder zusammengeknüpft und Berührungspunkte abgebaut hat.

Im Zusammenhang mit der Kanzlerreise wäre die deutsche Öffentlichkeit gut beraten, sich drei Asien-Maßstäbe zu eigen zu machen:

- **Erstens** muß jedes Unternehmen, das im 21. Jahrhundert überleben will, auf dem asiatischen Markt präsent sein.
- **Zweitens** verengt sich das hier gemeinte „Asien“ immer mehr auf China, und zwar nicht so sehr auf die Volksrepublik im engeren Sinn, sondern auf die mitten im Entstehen begriffene „Groß-chinesische Wirtschaftszone“, in die all jene Teile der chinesischen Welt hineinzuwachsen beginnen, die nach marktwirtschaftlichen Gesetzen funktionieren, also etwa Taiwan, Hongkong, Singapur und die zirkumpazifischen Auslandsgemeinden sowie neuerdings auch die leistungsfähigen Provinzen der Volksrepublik China, allen voran die „fünf Drachen“ an der Südostküste.
- **Drittens** entstehen diese Netzwerke, in die sich durchaus auch außerregionale Interessenten einflechten könnten, keineswegs durch formale „Maastrichter Verträge“, sondern fast ausschließlich auf der Grundlage informeller „Guanxi“, das heißt personeller Beziehungen. Es ist der Personalismus, der hier allen Geschäften die Würze gibt. Nicht nachdrücklich genug

kann man betonen, daß die Chinesen solche „Guanxi“ im außereuropäischen Bereich am liebsten mit den Deutschen anknüpfen würden.

Ökonomisch führt in Asien künftig kein Weg mehr um China herum: 1992 lag das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts bei einem Rekord von 12 Prozent. Der Außenhandelsumsatz erreichte 166, das ausländische Investitionsvolumen 31 Milliarden US-Dollar. China ist sehr wohl in der Lage, auch Großimporte zu finanzieren.

● Denkanstoß und neue Ideen

Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat den deutschen Industriellen einen Denkanstoß und neue Ideen für das China-Geschäft gegeben.

General-Anzeiger, Bonn

● Der Einfluß der Ökonomen

Die Deutschen unterstützen, wenn sie mit China Handel treiben, doch genau dieses System, mag man einwenden. Ja und nein. Mit der Bedeutung der Ökonomie wächst der Einfluß der Ökonomen. Der Versuch, nach 1989 zurück zum totalitären System der fünfziger Jahre zu gehen, ist gescheitert. Die Ära der Hardliner und damit der Repression neigt sich dem Ende zu. Das ist keine Hoffnung, das ist ein Faktum.

Soll man den 4. Juni also vergessen und sich der Einfachheit halber den Menschenrechtsbegriff der Chinesen zu eigen machen? Nein. Das Verhältnis sollte so sein wie in einer funktionierenden kritischen Partnerschaft, in der man miteinander redet, ohne etwas zu verschweigen. Wir müssen unsere moralischen Maßstäbe nicht verstecken. Jeder kritische Geschäftsmann, jeder aufgeschlossene Politiker und jeder interessierte Tourist kann seine Partner zum Nachdenken anregen. Geschäfte

machen, die wir im übrigen auch dringend brauchen, und sich für Menschenrechte einsetzen, das muß sich nicht ausschließen.

Nur wer im Geschäft und damit im Gespräch bleibt, der kann letztlich auch etwas bewirken, vielleicht nicht so schnell, wie wir das im Westen alle gerne hätten; aber sicher schneller, als es den Betonköpfen in Peking lieb sein wird.

Sender Freies Berlin

● Initialzündung

Wenn nicht alles täuscht, könnte sich die China-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl als eine Art Initialzündung erweisen. Bislang hat Deutschland, das räumte auch der Kanzler ein, den „explodierenden Markt“ in Südostasien vernachlässigt. Japanische Wissenschaftler haben Europa und die Bundesrepublik unlängst gewarnt, sie würden auf dem wirtschaftlichen Abstellgleis landen, weil die Unternehmen ihre Chancen verschlafen (nur rund fünf Prozent der deutschen Exporte gingen nach Südostasien) und sie in der Region zu wenig präsent seien.

Die ökonomische Musik der Zukunft spielt auf den asiatischen Wachstumsmärkten, allen voran China. US-Präsident Bill Clinton weiß um die Chancen, die sich der amerikanischen Wirtschaft bieten, und hat auf dem Apec-Gipfel eine Ausweitung des Handels mit Asien angekündigt. Clinton wie Kohl verschwiegen indes gegenüber der chinesischen Führung nicht das Problem der Menschenrechte. Ob der Kanzler mit seinem Einsatz für 20 politische Häftlinge Erfolg hatte, wird sich zeigen müssen. Mit einer sofortigen Freilassung konnte ernsthaft niemand rechnen, da ist der Hinweis von Regierungssprecher Dieter Vogel auf den „Ritus“ richtig.

Die Bedeutung von Kohls Reise liegt weniger in den Aufträgen und Zusagen im Wert von rund sieben Milliarden Mark, die er mit nach Deutschland brachte, auch wenn

dadurch hierzulande Arbeitsplätze gesichert werden. Kohl knüpfte vor allem neue Verbindungen und ebnete damit der deutschen Wirtschaft einen Weg. Denn sie muß auf dem vernachlässigten Terrain Asien bisher Versäumtes nachholen. Noch spielt die Region bei den deutschen Investitionen im Ausland kaum eine Rolle, sie gingen von 1991 bis 1992 sogar um knapp 300 Millionen Mark zurück. Die Ankündigungen von Daimler-Benz und anderen, in den nächsten Jahren Millionen in China investieren zu wollen, könnten ein Signal sein — für die längst fällige Trendwende.

Frankfurter Neue Presse

● Job hervorragend erledigt

Der Kanzler kann nicht der Chef-Verkäufer der Industrie sein, sondern bestenfalls für sie die Türen öffnen. Diesen Job aber hat er hervorragend erledigt.

Nürnberger Zeitung

● China als Partner

Asien zeigt seit einiger Zeit viele Zeichen eines Wirtschaftswunders. Doch das inzwischen rezessionsgeplagte Europa und mit ihm Deutschland haben das lange nicht so recht wahrgenommen, anders als die USA.

Es ist Zufall, daß die Reise von Bundeskanzler Kohl nach China zusammenfällt mit einem ersten Gipfeltreffen der asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) im amerikanischen Seattle. Während es dort längst um größere Dimensionen geht, was sich auch in Exportzahlen und Investitionssummen niederschlägt, hinken Europäer auf den Märkten der Zukunft in Asien hinterher.

Angesichts der Verspätung kann der Handlungsreisende Kohl mit dem Ergebnis der China-Reise durchaus zufrieden sein. Er kommt zurück mit einem Koffer voller Verträge und Vorverträge.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Programmatischen Schutt hinter eine gefällige Fassade gekehrt

Zu den Ergebnissen des SPD-Bundesparteitages erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die SPD hat in Wiesbaden einen Parteitag wie ein Potemkinsches Dorf inszeniert. Sie hat versucht, eine gefällige moderate Fassade aufzubauen und den programmatischen Schutt dahinter zu kehren. Die Wirklichkeit hinter der Fassade sieht anders aus.

IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK hat die SPD den Anschein erweckt, sie habe endlich auf den Weg wirtschaftspolitischer Vernunft gefunden. Sowie es aber konkret wird, verflüchtigt sich dieser Eindruck ganz schnell im Licht der ökonomischen Realitäten. Es paßt nicht zusammen, wenn einerseits finanzpolitische Solidität gelobt wird, andererseits aber die notwendigen Sparbeschlüsse der Bundesregierung heftig attackiert und abgelehnt werden. Es ist unseriös, wenn zum Beispiel der Abbau von Subventionen gefordert wird, um dann zu sagen: Aber bitte schön auf keinen Fall bei Kohle, Stahl, Schiffbau usw. Die Auseinandersetzungen um den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs wurden nicht geklärt, sondern durch Formelkompromisse lediglich verdrängt.

IN DER AUSSENPOLITIK hat sich die SPD immer noch nicht bereit gefunden, ihre wirklichkeitsferne, von Ideologie und Pazifismus diktierte Position aufzugeben. Eine solche Programmatik, in die Praxis umgesetzt, würde Deutschland in die politische Sackgasse internationaler Isolation führen. Vor dieser Entwicklung hat der SPD-Fraktionschef Klose ein-

dringlich gewarnt, erntete dafür aber nur Buh-Rufe aus seiner Partei.

BEI DER INNEREN SICHERHEIT ist Scharping haarscharf an einer schweren persönlichen Niederlage vorbeigeschrammt. Nur mit vielen Einschränkungen und Zugeständnissen hat sich die SPD von ihrer Blockadehaltung bei der Inneren Sicherheit halbherzig abgesetzt. Angesichts der äußerst knappen Abstimmungsergebnisse sind weitere schwere Auseinandersetzungen in der SPD über die Innere Sicherheit vorprogrammiert. Eine Partei, die in den entscheidenden Fragen der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik taktiert, die keine klaren Positionen bezieht, sondern ausweicht und laviert, ist nicht fähig, auch nur einen Teil der Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Beschlüsse des SPD-Parteitages taugen bestenfalls für eine Oppositionspolitik.

Nicht regierungsfähig

Schließlich ist auch die allzu demonstrativ zur Schau gestellte Einigkeit in der Führungsfrage bei der SPD brüchig. Rudolf Scharping hat das zweitschlechteste Wahlergebnis eines SPD-Vorsitzenden nach dem Krieg. Schlechter hat nur er selbst bei seiner Wahl im Juni dieses Jahres abgeschnitten. Sein Ergebnis ist prozentual sogar schlechter als das von drei seiner fünf Stellvertreter, einschließlich seines innerparteilichen Widersachers Lafontaine. Es bleibt abzuwarten, wer in der SPD künftig das Sagen hat. Nicht der Schein eines Parteitages, sondern die Wirklichkeit bestimmt das Urteil über die SPD. Nach Wiesbaden lautet es nach wie vor: Nicht regierungsfähig!

SPD präsentiert wieder alte Hüte

Das von der SPD auf ihrem Wiesbadener Parteitag vorgeschlagene wirtschaftspolitische Programm fördert keine Leistungsanreize und hilft nicht, rentable Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Es führt deshalb in die Irre. Die SPD präsentiert die alten Hüte: noch stärkere Besteuerung höherer Privateinkommen und Vermögen, staatlich gelenkte Investitionspolitik und staatliche Alimentierung weiterer Arbeitszeitverkürzungen.

Das alles stärkt nicht unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, sondern vernichtet letztlich Arbeitsplätze. Die SPD redet von einem nationalen Beschäftigungspakt und behindert gleichzeitig investitionsfördernde Maßnahmen der Bundesregierung, wo immer sie kann. Der Wiesbadener Parteitag sollte von der SPD genutzt werden, um Klarheit in eigener Sache zu schaffen.

Viele ungelöste Fragen

Die SPD hat eine Fülle ungelöster Fragen zu beantworten und Widersprüche ihrer eigenen Wirtschaftspolitik zu bewältigen:

- Warum hat sie den Energiekonsens verhindert?
- Warum macht sie bei der Haushaltskonsolidierung nicht mit?
- Warum behindert sie den Straßenbau in Ländern und Kommunen?
- Warum verzögert sie die Gentechnik auf allen Ebenen?
- Warum beargwöhnt sie jegliche Groß- und Zukunftstechnologie?
- Warum will sie nichts von flexibleren Arbeitsplätzen wissen?

Die Bundesregierung hat sich dem politischen Ziel verschrieben, den Standort Deutschland im weltweiten Wettbewerb

attraktiv zu halten und wetterfest zu machen. Nur so können bei uns Arbeitsplätze erhalten und dauerhaft gesichert werden. So sichern wir die Zukunft für unser Land. Mit dieser Zielsetzung hat die Bundesregierung in den zurückliegenden Wochen und Monaten wichtige Initiativen zur Stärkung des Standortes Deutschland bereits auf den Weg

Von Bundesminister Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes

gebracht — zum großen Teil gegen den heftigen Widerstand der SPD:

- das Standortsicherungsgesetz mit einer deutlichen Absenkung der Ertragssteuern;
- das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz mit dem Abbau von Verwaltungshemmnissen;
- das Altschuldenhilfegesetz mit einer Anschubwirkung für den Wohnungsbau in den neuen Bundesländern;
- das Arbeitszeitrechtsgesetz mit zusätzlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten in der Arbeitsorganisation;
- die Novelle zum Gentechnikgesetz;
- die Beschlüsse zur Reform von Bahn und Post;
- die Umsetzung der Sparbeschlüsse zum Bundeshaushalt in der Größenordnung von über 20 Milliarden Mark.

Während die SPD in Wiesbaden noch über Lohnentwicklung und Produktivität tagelang streitet, hat Bundeskanzler Helmut Kohl in China Wirtschaftsaufträge in Milliardenhöhe nach Deutschland geholt.

Die SPD fälscht die Geschichte

Zur Wiesbadener Rede des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU, Bundesministerin Angela Merkel:

Die Äußerungen von Wolfgang Thierse zur Wiedervereinigung stellen den unglaublichen Versuch einer Geschichtsfälschung dar, der in aller Deutlichkeit zurückzuweisen ist.

Ausgerechnet die SPD zur „Partei der Einheit“ zu proklamieren, widerspricht der historischen Wahrheit. Schließlich war es die SPD, die durch eine Annäherung an die SED auch nach außen klarmacht hat, daß wir uns mit zwei Staaten auf deutschem Boden abzufinden hätten. Herr Thierse möge die einschlägigen Dokumente mit Zitaten von Engholm, Schröder, Bahr, Lafontaine u. a. nachlesen.

Auch die Weigerung der SPD-geführten Länder, die Unrechts-Erfassungsstelle in Salzgitter nicht mehr zu finanzieren, lag auf dieser Linie. Und schließlich wurde die Wahlkampfstrategie Oskar Lafontaines von den Menschen in der ehemaligen DDR nicht von ungefähr als Ablehnung eines wiedervereinigten Deutschlands empfunden.

Selbst heute haben viele Menschen im Osten Deutschlands — so kürzlich der

SPD-Fraktionsvorsitzende im Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff — das Gefühl, daß Oskar Lafontaine die Dimension der deutschen Einheit immer noch nicht verstanden hat.

Die Behauptung, es sei „ein unverschämtes Glück der CDU, an der Regierung gewesen zu sein, als sich die Chance zur Befreiung eröffnete“, geht ebenfalls daneben. Richtig ist vielmehr, daß es für die Menschen in der ehemaligen DDR ein großes Glück bedeutete, daß in den Herbsttagen des Jahres 1989 in der Bundesrepublik nicht die SPD regierte.

Einmalige Chance genutzt

Das größte Verdienst an der Gewinnung der Einheit Deutschlands kommt den Menschen zu, die damals in der DDR lebten. Ohne das international anerkannte politische Geschick des Bundeskanzlers wäre die Chance der Einheit jedoch vertan worden. Die CDU ist die Partei der Einheit, und sie wird die Partei sein, die die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ebenso bewältigt wie den Aufbau in den neuen Bundesländern. Die SPD sollte aufhören, mit gespaltener Zunge in Ost und West zu reden, sondern lieber den Erwartungen der Menschen nach realistischen Konzepten für Zukunftsprobleme entsprechen.

Auftragsbücher der Peene-Werft für 1994 gut gefüllt

Die Wolgaster Peene-Werft mit ihren 1.000 Schiffbauern ist für 1994 mit dem Bau von Forschungsschiffen, Schnellbooten für die brasilianische Marine und Küstenmotorschiffen im Gesamtwert von 200 Millionen Mark „so gut wie ausgelastet“.

Werftbesitzer Detlef Hegemann hofft ferner auf Reparaturaufträge der Bundesmarine. Der von der Europäischen Union subventionierte Umbau der Werft werde in den kommenden Jahren 180 Millionen DM Investitionen erfordern.

SPD bleibt die Partei der Umverteilung

Mit ihrem Wirtschaftsprogramm legt die SPD ein in sich widersprüchliches Konzept vor, das in entscheidenden Punkten an Forderungen und erfolglosen Konzepten der Vergangenheit festhält. Die SPD gibt sich den Anschein des wirtschaftspolitischen Pragmatismus, in der Realität bleibt sie aber die Partei der Umverteilung und des Staatsinterventionismus.

● Die SPD hat kein Konzept zur Sicherung der Staatsfinanzen

Der Beschluß zum Thema Wirtschaft ist ein Sammelsurium undurchdachter und in sich widersprüchlicher Vorschläge. Die SPD erklärt zwar die Konsolidierung der Staatsfinanzen zur wichtigen Aufgabe, gleichzeitig legt sie ein Sparkonzept vor, das bei weitem nicht das Volumen erbringt, das nötig wäre, um zusätzliche Ausgabenprojekte zu finanzieren. Ohne eine solide Finanzierung sind neue Staatsausgaben angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage nicht machbar. Es bleibt dabei: Die SPD kann nicht mit Geld umgehen.

● Nebulöses Projekt „Ökologische Steuerreform“

Die SPD fordert die Einführung einer „allgemeinen Energiesteuer“. Wer diese und weitere Umweltsteuern einführen will, muß konkret sagen, wo und in welchem Umfang dann der Faktor Arbeit entlastet werden soll. Wer dies wie die SPD nicht tut, würde mit einer allgemeinen Energiesteuer den ohnehin vorhan-

denen deutschen Standortnachteil Energiekosten weiter verstärken. Mit der SPD würden wir unsere europäische Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzen. Nur gemeinsam mit den anderen Industriestaaten können wir unser Steuersystem erfolgreich umbauen.

● Falscher Weg bei der Reform der Unternehmensbesteuerung

Die SPD will die Unternehmensbesteuerung durch eine zeitlich befristete steuerliche Fördermaßnahme für Zukunftsinvestitionen reformieren. Dieser Vorschlag geht weit an den Erfordernissen einer generellen Reform der Unternehmensbesteuerung, wie sie die Bundesregierung eingeleitet hat, vorbei. Die Unternehmen brauchen keine vorübergehende Förderung der Investitionstätigkeiten, sondern eine dauerhafte und berechenbare Entlastung von Steuerpflichten. Sie wissen selbst, wie sie am besten Steuerersparnisse nutzen können. Nur durch eine allgemeine Reform der Unternehmensbesteuerung, wie sie die CDU durchführen wird, kann erfolgreich der Anreiz zu höheren Gewinnen, höheren Investitionen und damit zur Schaffung zukunfts-trächtiger Arbeitsplätze gegeben werden.

● Die SPD bleibt die Umverteilungspartei

Die SPD möchte zur Belebung der Binnenkonjunktur die Lohn- und Einkommenssteuer für kleine und mittlere Einkommen senken und zugleich die Bezieher höherer Einkommen und großer Ver-

mögen stärker belasten. Eine solche Politik setzt falsche Anreize: Eine weitere Belastung der oberen Einkommen senkt die Leistungsbereitschaft. Schon heute bringen die oberen zehn Prozent der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen über 50 Prozent der Einnahmen aus diesen Steuerarten auf. Die SPD hemmt also durch erhöhte Belastungen die Leistungsfähigkeit und Eigeninitiative der Bürger und gefährdet damit das Ziel, die Wachstumskräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

● Die SPD hat kein Konzept zur Überwindung der Krise auf dem Arbeitsmarkt

Mit der alten SPD-Forderung nach staatlichen Beschäftigungsgarantien in einem „nationalen Beschäftigungspakt“ gegen Massenarbeitslosigkeit lassen sich keine neuen und zukunftssicheren Arbeitsplätze schaffen. Wer die noch stärkere Besteuerung von hohen Privateinkommen und großen Vermögen fordert, um damit Investitionen in neue Arbeitsplätze zu finanzieren, erreicht genau das Gegenteil, da hierdurch Leistungsanreize gemindert werden. Eine staatlich gelenkte Investitionspolitik hat bisher immer versagt. Das hat sich nicht zuletzt auch in allen von Sozialdemokraten und Sozialisten regierten Staaten gezeigt.

● Die SPD setzt auf Mangelverteilung statt auf Wettbewerbsstärkung

Die richtige Erkenntnis von Teilen der SPD, daß die Arbeitskosten in Deutschland zu hoch sind, konnte sich auf dem Parteitag in Wiesbaden nicht durchsetzen. Die SPD ist nicht bereit, konkrete Schritte zur Senkung dieser Kosten festzulegen. Pauschale Arbeitszeitverkürzungen, wie sie die SPD fordert, sind der falsche Weg. Vielmehr müssen die Arbeitszeiten und vor allem die Maschinenlauf-

zeiten flexibel gestaltet werden. Das kann in einigen Bereichen auch eine längere individuelle Wochen- oder Lebensarbeitszeit bedeuten. Die Sozialdemokraten setzen auf Mangelverteilung, während insbesondere unsere Wettbewerber in Ostasien und zunehmend in Osteuropa weitere Produktivitätssprünge durch Flexibilisierung einleiten.

● Die SPD hält an der Fiktion eines „Zweiten Arbeitsmarktes“ fest

Zur Stärkung der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ fordert die SPD einen „öffentlich geförderten Arbeitsmarkt“. Ein solcher „Zweiter Arbeitsmarkt“ birgt aber die große Gefahr in sich, daß „reguläre Arbeit“ durch Aufbürdung der Kosten des Zweiten Arbeitsmarktes noch weiter verdrängt wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn durch staatliche Mittel dauerhaft Arbeitsplätze subventioniert werden, die nicht konkurrenzfähig sind. Wir brauchen keine Staatswirtschaft, sondern gute staatliche Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft.

● Die SPD blockiert Zukunftstechnologien

Die Pläne der SPD zur Forschungsförderung sind unglaubwürdig. Die SPD fordert mit großem Aufwand Forschungsprojekte, und gleichzeitig läßt sie den Aufbau entsprechender Produktionsstätten in Deutschland scheitern. Wie wenig die SPD bisher bereit ist, gemäß ihren programmatischen Aussagen Zukunftstechnologien eine wirkliche Chance zu geben, belegt sie durch ihr eigenes Handeln: Zukunftstechnologien wie Bio- und Gentechnik oder die CO₂-emissionsfreie Kernkraft werden durch die Politik der SPD bis zum heutigen Tage abgelehnt und insbesondere auch auf Länderebene und im Bundesrat blockiert. Die SPD

Generalsekretär Peter Hintze:

CDU gründet Polizeiarbeitskreis

Die CDU setzt sich für eine Stärkung unserer Polizei ein. Dem wachsenden Verbrechen werden wir dann Herr, wenn wir unsere Polizei nicht nur personell, finanziell und technisch, sondern auch rechtlich auf den neuesten Stand bringen.

Die CDU besteht deshalb neben anderen wichtigen Maßnahmen auf der raschen Einführung der akustischen Beweissicherung zum Abhören von Verbrecherwohnungen. Kein rechtschaffener Bürger hat dafür Verständnis, daß die Polizei gegen Mordverabredungen oder Rauschgiftgeschäfte derzeit nicht mit Mitteln der akustischen Beweissicherung vorgehen darf.

SPD muß nachbessern

Nachdem die SPD unserem jahrelangen Drängen nachgegeben hat, ist jetzt auch die FDP zu einer Kurskorrektur aufgefordert. Aber auch die SPD muß erheblich nachbessern und „Ja“ zu einem für die Polizei praktikablen Verfahren sagen.

Die im SPD-Antrag aufgestellten Hürden und Verfahrensgänge würden dazu führen, daß der Einsatz der akustischen Beweissicherung regelmäßig zu spät erfolgte. Es hat keinen Sinn, daß die Polizei erst eingreifen darf,

SPD und FDP müssen Weg zur wirksamen Verbrechensbekämpfung bei akustischer Beweissicherung frei machen.

wenn die Verbrecher längst auf Nimmerwiedersehen verschwunden sind.

Die CDU bildet heute auf Bundesebene einen Polizeiarbeitskreis. Damit soll das Gespräch mit der Polizei intensiviert werden. Die CDU als Partei der Inneren Sicherheit fühlt sich unserer Polizei und ihrem Auftrag in besonderer Weise verpflichtet. Deshalb ist der ständige intensive Austausch mit den Polizeipraktikern aus den Bundesländern für uns sehr wichtig.

sperrt sich damit auch gegen einen ausgewogenen Energie-Mix, der zu bezahlbaren Preisen für die deutsche Wirtschaft nur im Zusammenspiel von heimischer Kohle, erneuerbaren Energien und Kernkraft zu finden ist.

● Die SPD hat nur ein halbherziges Konzept zur Privatisierung und Deregulierung

In ihrem Papier fordert die SPD die Privatisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung von staatlichen Leistungen.

Dies schränkt sie aber sofort wieder ein, indem sie außer Polemik „gegen die Privatisierung und Deregulierungs-Euphorie der Regierungskoalition“ eine Antwort auf die Frage schuldig bleibt, in welchen Bereichen privatisiert werden kann. Die SPD ist es darüber hinaus, die bis heute in allen für die Wirtschaft relevanten Bereichen eine Straffung von Genehmigungsverfahren verhindert. Dies gilt besonders für den Anlagenbereich, die Ausgestaltung des Baurechts und die Umweltgesetzgebung. Mit der SPD ist kein Staat leistungsfähiger zu gestalten.

Den Einsatz für mehr Sicherheit für Touristen weiter verstärken

Nach Anhörung von Vertretern des Auswärtigen Amtes, der Reiseorganisationen, Reiseveranstalter und der Polizei über den Schutz deutscher Touristen im Ausland erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rolf Olderog, und der stellvertretende Vorsitzende des Fremdenverkehrs-Ausschusses, Simon Wittmann:

Bürgerkrieg und Terrorakte, Überfälle und allgemein eine stark zunehmende Kriminalität drohen immer mehr, zur schweren Belastung des internationalen Tourismus zu werden. Wir fordern ausländische Regierungen, die Verantwortlichen der ausländischen Tourismuswirtschaft und auch die deutschen Reiseveranstalter auf, ihren Einsatz für noch mehr Sicherheit der Touristen weiter zu verstärken.

Zu diesem Ergebnis kommt die Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach einer Anhörung von Experten des Auswärtigen Amtes, der Reiseorganisationen, Reiseveranstalter und der Polizei über den Schutz deutscher Touristen im Ausland.

Die Morde an deutschen Urlaubern in Florida, die Anschläge in Ägypten und Bombenattentate gegen Touristen in der Türkei sind lediglich besonders spektakuläre Beispiele. Insgesamt müssen Touristen heute damit rechnen, weit weniger Sicherheit in Urlaubsorten und in Reiseländern vorzufinden, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes in Bonn muß zur Zeit nicht nur dringend davor gewarnt werden, Bürgerkriegsge-

biete im ehemaligen Jugoslawien oder Somalia zu besuchen. Insgesamt raten die Bonner Experten von Reisen in rund ein Dutzend Länder ab. Bei noch mehr Ländern wird nachdrücklich auf ein erhöhtes Sicherheitsrisiko hingewiesen.

Jeder interessierte Reisende kann dazu detaillierte Informationen vom Auswärtigen Amt telefonisch oder per Telefax abrufen. Auch alle deutschen Reisebüros verfügen über diese Informationen. Zu den Ländern, die deutsche Touristen zur Zeit unbedingt meiden sollten, zählen u. a. Aserbaidschan, Burundi, Georgien, Haiti, Ruanda, Tadschikistan, Uganda und Zaire. Am meisten Sicherheit — so urteilen Experten — dürften die Touri-

Bürgerkriege und Terrorakte, Überfälle und eine stark zunehmende Kriminalität werden immer mehr zu einer schweren Belastung des internationalen Tourismus.

sten in den skandinavisch-nordeuropäischen Ländern finden.

Wir erkennen ausdrücklich an, daß von der Bundesregierung und der deutschen Reisebranche bereits wichtige Schritte unternommen wurden. Neben dem aktuellen Informationsdienst des Auswärtigen Amtes ist ein vom deutschen Reisebüroverband im Buchungssystem START eingerichteter und damit für alle Reisebüros verfügbarer zusätzlicher Informationsdienst zu nennen.

Die deutschen Reiseveranstalter haben untereinander vereinbart, sich in Krisen-

fällen gegenseitig zu unterstützen und erforderlichenfalls auch in gemeinsamen Aktionen Touristen aus bedrohten Lagen kurzfristig auszufliegen. Darüber hinaus stellen die deutschen Reiseveranstalter und Reisebüros Broschüren mit wichtigen Hinweisen für einen möglichst problemlosen Aufenthalt der Touristen zur Verfügung.

Das Expertengespräch der CDU/CSU-Politiker hat deutlich gemacht, daß Gruppenreisen, die von Ortskundigen Reiseleitern geleitet werden, erheblich mehr Sicherheit bieten, als das bei Individualreisen möglich ist. Wir empfehlen, unsichere Gebiete möglichst nur mittels Gruppenreisen zu besuchen. In jedem Fall sollten Touristen sich vor Reiseantritt mit den Sicherheitsempfehlungen der deutschen Polizei vertraut machen (zu erhalten bei allen kriminalpolizeilichen Beratungsstellen des Bundes und allen Polizeidienststellen).

Sie geben umfangreiche Hinweise, wie Sie geben umfangreiche Hinweise, wie sich Touristen gegen Überfälle, Raub, Diebstahl, Betrügereien und insbesondere Kreditkartenbetrug besser schützen

können. Auch die Empfehlungen der Reisebüros und Reisebündnisse sollten unbedingt beachtet werden.

Der Münchener Reiseveranstalter Studiosus setzt zur Zeit für seine Reisegruppen im Nachtzug von Moskau nach St. Petersburg einheimische Sicherheitskräfte als Begleiter ein. Dies hat nicht nur die objektive Sicherheit der Touristen wesentlich erhöht, es gibt ihnen auch ein sicheres Gefühl und ermöglicht damit unbeschwerteres Reisen. Wir empfehlen diesen Weg von Studiosus bei akuten Gefährdungen zur Nachahmung.

Insgesamt fordern wir die Gastländer auf, die Sicherheitskräfte in touristischen Schwerpunktgebieten wesentlich zu verstärken sowie mehr Polizeistreifen und Polizeipräsenz zu organisieren. Erhöhten Schutz bieten auch kompakte Ferienanlagen, die äußere Schutzvorrichtungen gegen unbefugten Zutritt aufweisen und die eigene Sicherheitskräfte einsetzen. — Für die Sicherheit der Touristen kann noch erheblich mehr getan werden, ein umfassender Schutz aber dürfte unerreichbar sein.

André Chahoud neuer Frischluft-Vorsitzender

Die 3. Bundestagung des Christlich-Demokratischen Kinder- und Jugendverbandes Frischluft e.V. hat am 13. November in Königswinter den 27jährigen Jüchener André Chahoud zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

Chahoud kündigte für 1994 verstärkte Arbeit des Verbandes im Jugendbildungsbereich an: „Zunehmende Politikverweigerung und soziales Desinteresse unter Jugendlichen sind Alarmsignale für mangelnde Akzeptanz des demokratischen Staatswesens. Wir

wollen durch unsere Arbeit für mehr Mitarbeit in der Demokratie werben.“

Frischluft e.V., der bundesweit mehr als 5.000 Mitglieder vertritt, arbeitet mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zu Selbstverwirklichung und demokratischem Engagement zu führen.

Der 1989 gegründete Verband fördert dieses Ziel unter anderem durch Freizeitmaßnahmen, Bildungsseminare, internationale Jugendarbeit und Publikationen.

Vermittlung von Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern erfolgreich

Als einen „großen Erfolg gemeinsamer Anstrengungen“ hat Bundeskanzleramtsminister Friedrich Bohl das Oktober-Ergebnis bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen für ostdeutsche Jugendliche gewürdigt.

Zur Zeit suchen nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit nur noch rd. 900 Bewerber eine Stelle. Auch für diese Jugendlichen stehen Ausbildungsangebote im Osten bereit. „Damit sind“ — so Bohl — „die Katastrophenszenarien der brandenburgischen Sozialministerin Frau Hildebrandt und anderer Kritiker, die noch im Sommer von einer Versorgungslücke von bis zu 50.000 Plätzen sprachen, eindrucksvoll widerlegt.“

„Der Bundeskanzler hat“, wie Bohl weiter unterstrich, „die Versorgung von Jugendlichen mit qualifizierten Ausbildungsplätzen immer als eine Aufgabe angesehen, deren Bedeutung weit über den Bereich der Berufsqualifizierung hinausreicht.“

Mit einem guten Start ins Berufsleben wird das Vertrauen junger Menschen in die Demokratie und die freiheitlich-soziale Wirtschaftsordnung gestärkt. Ein ausreichendes Angebot an guten Ausbil-

dungsplätzen ist die beste Prävention gegen Zukunftsangst und Radikalismus.“

Bundeskanzler und Bundesregierung haben die Lehrstellenentwicklung in den neuen Ländern seit Jahresbeginn sorgfältig beobachtet und schon früh Initiativen eingeleitet. Ein Ergebnis war u. a. eine Lehrstellenzusage der Wirtschaft, die dazu führte, daß das betriebliche Lehrstellenangebot gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent gesteigert werden konnte.

Europa direkt erfahrbar

Als sich schließlich in mehreren Regionen und Berufssparten Versorgungslücken abzeichneten, hat die Bundesregierung mit den neuen Ländern ein Förderprogramm für 10.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze vereinbart. Damit war sichergestellt, daß alle Lehrstellenbewerber ein Ausbildungsangebot erhalten konnten. An der Finanzierung dieses Programms beteiligt sich außer Bund und neuen Ländern auch der europäische Sozialfonds. „Auf diese Weise wird“, hob Friedrich Bohl hervor, „für Tausende von Jugendlichen und ihre Eltern in den neuen Ländern Europa als lebensnahe Perspektive direkt erfahrbar.“

BAUBOOM OST BESCHLEUNIGT SICH. Der Wohnungsneubau in den neuen Ländern bekommt mehr und mehr Fahrt. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind 42381 neue Wohnungen zum Bau genehmigt worden. Dies macht deutlich, daß der Wohnungsneubau in den neuen Ländern noch schneller wächst als bisher. Im ersten Halbjahr 1993 sind knapp 28.000 Wohnungen genehmigt worden, so daß bisher ein Jahresergebnis von gut 50.000 neu genehmigter Wohnungen in den neuen Ländern prognostiziert worden war. Diese Schätzungen müssen nun deutlich nach oben korrigiert werden.

Stichwort: Europäische Union

Nicht einfach nur ein neuer Name

Die Deutschen und ihre Nachbarn müssen sich umgewöhnen: Der unter dem Kürzel EG vertraut gewordene Zwölferclub der Europäischen Gemeinschaft ist zur Europäischen Union (EU) herangewachsen. Staatsmänner und Medien fügen sich zunehmend dem am 1. November in Kraft getretenen Maastrichter Vertrag, in dem es heißt: „Durch diesen Vertrag gründen die Hohen Vertragsparteien untereinander eine Europäische Union, im folgenden als Union bezeichnet.“

Ein Dach auf drei Säulen

Die Architekten der Union haben buchstäblich ein neues europäisches Haus gebaut: Die Europäische Union ist das Dach, das von drei Säulen getragen wird. Die erste Säule ist die Europäische Gemeinschaft und ihre bis spätestens 1999 angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion. Den zweiten Pfeiler bildet die neue gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Das dritte tragende Element ist die Zusammenarbeit im Bereich Innenpolitik und Justiz.

Daraus haben die Außenminister der Zwölf Konsequenzen gezogen und das maßgebliche gesetzgebende Organ, den Ministerrat, umbenannt: In Zukunft werden die Minister als „Rat der Europäischen Union“ Entscheidungen treffen. Dabei spielt es keine Rolle, ob Wirtschafts-, Agrar-, Finanz- oder Verkehrsminister am Konferenztisch sitzen.

Allerdings: Die Union selbst besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit — im Gegensatz zur Europäischen Gemein-

schaft. Daher müssen sich auch weiterhin alle Rechtstexte unter dem Überbegriff der Union auf EG beziehen. Deren Exekutive ist die „Europäische Kommission“ in Brüssel. Die alte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wird durch den Maastrichter Vertrag nunmehr aus dem Sprachgebrauch verbannt.

Dabei ist der Begriff der Union nicht neu. Schon 1972 hatten die Regierungschefs der EG ihre Absicht erklärt, „vor dem Ende dieses Jahrzehnts in absoluter Einhaltung der bereits beschlossenen Verträge die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln“. Seither stand die Union als Begriff für das politische Endziel der europäischen Integration.

Auch heute steht der neue Name Union noch für Programm: Selbst die überzeugtesten Europäer sehen, daß Maastricht die Union zwar begründet, sie aber noch längst nicht vollendet hat.

Der Begriff setzt sich durch

Auch in der europäischen Medienwelt setzt sich der Begriff — wenn auch zum Teil zögerlich — durch: Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die britische „Financial Times“ oder die Pariser „Le Monde“ sind sofort auf EU umgeschwenkt. Andere Zeitungen, wie etwa die britischen Massenblätter „Sun“ und „Daily Mirror“, machen aus politischen Gründen noch einen Bogen um die Union. In den Benelux-Ländern ist die EU schon in Fleisch und Blut übergegangen, während im Süden der Zwölfergemeinschaft erst einmal abgewartet wird.

Kennedy war ein Symbol der Hoffnung

Zum 30. Todestag von John F. Kennedy erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Am 22. November vor 30 Jahren fiel der amerikanische Präsident John Fitzgerald Kennedy einem heimtückischen Attentat zum Opfer. Sein Aufruf „Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun wird — fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt“, reicht in seiner Bedeutung weit über die USA hinaus. Seine Aufforderung ist für alle Demokraten Verpflichtung und Auftrag. Für uns Deutsche war Kennedy mehr als nur ein Präsident der USA. Er war ein Symbol der Hoffnung auf ein wiedervereinigtes Deutschland in Frieden und Freiheit. Unvergessen ist sein begeisternder Aufenthalt in West-Berlin im Juni 1963, wo er das eingemauerte Berlin zur Freiheitsbastion der Welt verkündete. Mit seinem Abschlusssatz: „Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt West-Berlin, und deshalb bin ich als freier Mann stolz darauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner!“, löste Kennedy wahre Begeisterungs-

stürme in Berlin aus. Daraus schöpften nicht zuletzt auch die Deutschen im Osten große Hoffnung auf eine Zukunft ohne Mauer und Stacheldraht.

Kennedy war es nicht mehr vergönnt, die friedliche Vereinigung Deutschlands und den Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa zu erleben. Indem wir Deutsche an diesem Tag der Trauer seiner gedenken, beweisen wir ihm und dem gesamten amerikanischen Volk unsere Dankbarkeit für die wieder-gewonnene Einheit Deutschlands.

Heute stehen wir als Volk in der Mitte Europas in der Verpflichtung, dem Aufruf Kennedys an die Welt zu folgen. Das geeinte Deutschland muß sich jetzt seiner internationalen Verantwortung als gleichberechtigter, aber auch gleichverpflichteter Partner der Völkergemeinschaft stellen. Wir können und müssen eine zentrale Rolle beim Bau der neuen Architektur Europas übernehmen.

Kennedys Präsidentschaft währte nur 1000 Tage, sein Vermächtnis bleibt aber auch in Zukunft unser Auftrag.

Gentechnik – Chancen und Risiken

Gentechnik ist keine ferne Technologie von morgen. Mit ihren enormen Chancen und Anwendungsmöglichkeiten spielt sie in der Wissenschaft und Industrie von heute eine Schlüsselrolle.

Um eine offene, sachliche und konstruktive Diskussion über Gentechnik führen zu können, sind Informationen unerlässlich. Hierzu dient die neue Broschüre des Bundesministeriums für Gesundheit mit dem Titel „Gentechnik – Chancen und Risiken“. Sie

informiert über die Entwicklung der Gentechnik von den Anfängen bis heute, ihre Hoffnungen und Chancen und setzt sich mit Ängsten und Risiken in der Medizin und in der Ernährung auseinander.

Sie kann ab sofort kostenlos bei der Broschürenstelle des Bundesministeriums für Gesundheit unter der Telefon-Nr. (02 28) 941-1644 oder 941-1645 angefordert werden.

4-Tage-Woche kein generelles Modell

Zur Verbesserung der Standortattraktivität Deutschlands gehört neben einer Entlastung der Unternehmenserträge ebenso eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit.

Um die bedrohlich angestiegene Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können, benötigen wir in Zukunft eine intelligente, flexible Ausgestaltung und Organisation des Faktors Arbeit. Arbeit darf in Deutschland nicht mit zu hohen Zugangshürden überfrachtet werden, der Zugang „in Arbeit“ muß schnell und unbürokratisch erfolgen können. Die Bemühungen der Bundesregierung zur Deregulierung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit sind hierzu ein wichtiger Schritt.

Mehr Flexibilität

Einstiegstarife für Berufsanfänger und Arbeitslose sind ein sinnvolles Mittel, um die drohende Langzeitarbeitslosigkeit im Einzelfall abzuwenden.

Wer dies als „Sozialabbau“ versteht, vertieft nur den Graben zwischen Arbeitsplatzbesitzern und -suchenden. Dringend erforderlich ist eine größere Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Eine pauschale Arbeitszeitverlängerung wie -verkürzung ist kein Allheilmittel. Abzulehnen sind in diesem Zusammenhang Überlegungen, daß die Bundesanstalt für Arbeit zum Lohnausgleich bei Teilzeitarbeit Hilfen oder Unterstützungszahlungen zu leisten hat.

Eine Reduzierung des Einkommens um

bis zu 20 Prozent ist allerdings bei einer Pflichtverkürzung den Betroffenen schwer zumutbar. Deshalb muß eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten einhergehen mit einer Steuerreform, in der die Einkommen im unteren und mittleren Bereich durch eine Erhöhung des

**Von Rainer Haungs,
wirtschaftspolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

Grundfreibetrages und eine niedrigere Progression entlastet werden.

Damit die dadurch hervorgerufenen Steuerausfälle nicht zu staatlichen Leistungseinbußen mit direkten Auswirkungen bei der Bevölkerung führen, ist der Staat durch Einsparung und Delegation von Aufgaben über Deregulierung und Privatisierung und eine Rückführung der Staatsquote weiter zu entschlacken. Staatliche Aufgaben, die besser und preiswerter von Privaten erfüllt werden können, sind deshalb so zügig wie möglich auszugliedern.

Nur im Einzelfall

Bei allen Überlegungen muß jedoch der Grundsatz weiterhin Gültigkeit besitzen, daß auch die 4-Tage-Woche kein globales Modell sein kann, sondern im Einzelfall von den direkt Betroffenen ausgehandelt werden muß. ■

Blick nach vorn — Broschüre der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Aus Anlaß der Vorstellung der Broschüre „Blick nach vorn — Impulse der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft 1973 bis 1993“ erklärte am 8. November die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Claudia Nolte:

In den letzten 20 Jahren sind wesentliche Voraussetzungen für die praktische Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern geschaffen worden. Die Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ hat den Blick nach vorn gerichtet und zur verstärkten Sensibilisierung in Gleichberechtigungsfragen beigetragen.

Am 8. November 1973 hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ eingesetzt. Eine neue Phase in der Frauenpolitik wurde damit eingeleitet. Die Kommission entwickelte Vorschläge, wie die Situation der Frauen verbessert werden könnte. Dabei konzentrierte sie sich auf drei Schwerpunkte:

- Verbesserung der Berufs- und Arbeitswelt
- Förderung der Familie
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Broschüre „Blick nach vorn“, die wir heute vorstellen und die bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angefordert werden kann, dokumentiert die Zielvorstellungen und Ergebnisse der Kommission, die heute vor 20 Jahren eingesetzt wurde.

1980 legte die Kommission ihren Abschlußbericht vor. Viele der darin ent-

haltenen Empfehlungen sind heute verwirklicht. So wurden z. B. auf Initiative der Kommission von der Bundesregierung Modellprogramme zu Themen wie „Mädchen und Technik“, „technische Berufe für junge Frauen“ entwickelt. Das Erziehungsgeld wurde 1986 eingeführt. Kindergeld steht Eltern zu, Erziehungszeiten werden für die Rente anerkannt. Pflegehilfe und Pflegegeld sind bereits in Teilen durch das Gesundheitsstrukturgesetz geregelt. Das Recht auf einen Kindergartenplatz ab 1. Januar 1996 wurde festgeschrieben. Der dreijährige Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie ist Gesetz, der Gleichbehandlungsgrundsatz von Voll- und Teilzeitarbeitskräften gilt.

Die Enquete-Kommission hat mit ihrer Arbeit viel zum Bewußtseinswandel und zur realen Verbesserung für Frauen beigetragen. Doch bei der praktischen Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Frau und Mann gilt es noch, eine Reihe von Lücken zu schließen. Ein neues Partnerschaftsverständnis muß sich entwickeln. Nur so können wir das Ziel einer über die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern hinausgehende Gleichberechtigung realisieren. Die Frauen sind bereit, mehr Verantwortung im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu übernehmen. Dies erfordert verstärktes Engagement der Männer im familiären Bereich. Der nächste Schritt muß gemeinsam getan werden, u. a. durch die Verabschiedung des Zweiten Gleichberechtigungsgesetzes und eine weitergehende Verankerung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Grundgesetz.

Politik für Frauen

Unter der Regierungsverantwortung von Helmut Kohl hat es für die Frauen in Deutschland wesentlich mehr Verbesserungen gegeben, als dies allgemein bekannt ist. Dies kann als Resümee der Phase der deutschen Politik gezogen werden, in der reale Zuwächse im sozialen Bereich verteilt werden konnten. Die Gewinner waren die Frauen, wie die folgende Zusammenstellung zeigt:

JANUAR 1983: In der gesetzlichen Rentenversicherung werden die Tabellenwerte für die Bewertung der ersten fünf Berufsjahre von 1983 an für Männer und Frauen einheitlich auf 90 Prozent des Durchschnittsverdienstes festgelegt. Davor wurden diese bei Männern mit einem höheren Prozentsatz bewertet.

JANUAR 1984: Haushaltsbegleitgesetz: Verkürzung der Wartezeit beim Altersruhegeld von 15 auf fünf Jahre und Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung bis zur Vollendung des 5. Lebensjahres bei den neu geltenden Voraussetzungen für die Berufs- und Erwerbsfähigkeitsrente.

JULI 1984: Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Die Stiftung hilft werdenden Müttern, die sich in einer sozialen Notlage befinden, durch finanzielle Hilfen. Der Bund stellt hierzu 50 Millionen Mark zur Verfügung (1991: 140 Millionen Mark).

JANUAR 1985: Das Steuerbereinigungsgesetz 1985 beinhaltet gezielte Steuerentlastungen für Alleinerziehende: Betreuungskosten bis zu 4.000 Mark für das erste Kind und bis zu 2.000 Mark für

jedes weitere Kind können als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden. Ohne Nachweis kann ein Pauschbetrag von 480 Mark je Kind abgezogen werden.

MAI 1985: Beschäftigungsförderungsgesetz:

- Erleichterung des Zugangs zu Maßnahmen der Umschulung und Fortbildung für Frauen, die wegen Kindererziehung teilweise aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Zeiten der Kindererziehung werden nunmehr mit fünf Jahre pro Kind auf die Rahmenfrist angerechnet.

Von Hans-Joachim Fuchtel,
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das gilt auch für Berufsrückkehrerinnen in ABM.

- Teilzeitarbeit wird arbeitsrechtlich ebenso abgesichert wie Vollzeitarbeit, das heißt Teilzeit- und Vollzeitarbeit dürfen nicht mehr unterschiedlich behandelt werden, außer wenn sachliche Gründe dies rechtfertigen.

- Neue Bestimmungen sichern die besonders von Frauen wahrgenommene Arbeit auf Abruf (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) und die Arbeitsplatzteilung besser ab.

JULI 1985: Viertes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes: Ein Zuschlag von 20 Prozent zum Regelsatz erhalten Alleinerziehende bereits mit einem Kind unter sieben Jahren sowie Empfängerinnen bzw. Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt der Altersstufe ab 60 Jahre.

JANUAR 1986: Hinterbliebenenrenten und Erziehungszeitengesetz: Rentenbegründende und rentensteigernde Anerkennung eines Versicherungsjahres für die Erziehung jedes Kindes bei allen Müttern ab Geburtsjahrgang 1921, die ab 1986 Berufs-, Erwerbs- oder Altersrente erhalten. Das Erziehungsjahr wird neben leiblichen Müttern auch Adoptiv-, Stief- und Pflegemüttern anerkannt, die ein Kind im ersten Lebensjahr erzogen haben. Außerdem erhalten Frauen und Männer unter gleichen Voraussetzungen eine Hinterbliebenenrente.

JANUAR 1986: Bundeserziehungsgeldgesetz: Mütter oder Väter erhalten ein Erziehungsgeld für zehn Monate in Höhe von 600 Mark, 1988 zwölf Monate, Juli 1989 15 Monate, Juli 1990 18 Monate, 1993 24 Monate. Ebenso wurde der Erziehungsurlaub eingeführt. Ab 1. Januar 1993 beträgt dieser drei Jahre, davor war er am Erziehungsgeldbezug orientiert.

JANUAR 1986: Erhöhung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende auf 4.212 Mark, ab Januar 1988 auf 4.536 Mark, ab Januar 1990 auf 5.616 Mark.

APRIL 1986: Gesetz zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften: Die schutzwürdigen Interessen geschiedener Ehefrauen werden durch dieses Gesetz, das im Unterhaltsrecht nach der Scheidung wieder für mehr Gerechtigkeit im Einzelfall sorgt, gewahrt.

JANUAR 1987: Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs: Es verbessert die Rechtsstellung der berechtigten Ehegatten — das sind zumeist die Ehefrauen — beim Ausgleich von Betriebsrenten.

OKTOBER 1987: Kindererziehungsleistungsgesetz: Gesetz über Leistungen der gesetzlichen Rentenversiche-

rung für Kindererziehung der Geburtsjahrgänge vor 1921. Die Kindererziehungsleistung wird für jedes lebend geborene Kind gezahlt, ohne daß weiter rentenrechtliche Voraussetzungen — zum Beispiel Wartezeit — erfüllt sein müssen. Das Ganze ist gestaffelt nach Jahrgängen.

JANUAR 1989: Neunte Novelle des AFG: Arbeitslose Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer, die nach Zeiten der Kindererziehungen wieder eine Arbeit aufnehmen wollen, werden als eine Zielgruppe bei der Gewährung von Einarbeitungszuschüssen hervorgehoben.

JANUAR 1992: Rentenreformgesetz 1992:

- Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung wird für Geburten ab 1992 von bisher einem Jahr auf drei Jahre verlängert.

- Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr eines Kindes und ab 1992 anfallende Zeiten der ehrenamtlichen Pflege eines Pflegebedürftigen werden berücksichtigt,

- ▶ bei der Aufrechterhaltung des Anspruchs auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit,

- ▶ bei der Gesamtleistungsbewertung bei tragsfreier Zeiten,

- ▶ bei der Erfüllung der 35jährigen Wartezeit für die vorzeitige Altersrente und für die Rente nach dem Mindesteinkommen.

MAI 1992: Erstes Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes: Verbesserung des Kündigungsschutzes.

ARBEITSMARKT: Erwerbstätige Frauen 1992: 9,7 Millionen, 1991 11,7 Millionen, das heißt, plus zwei Millionen.

GESAMTER ARBEITSMARKT: 1982 26,6 Millionen, 1992 29,5 Millionen, das heißt, plus 2,9 Millionen.

Die zukünftige staatliche Parteienfinanzierung

Nach langen und zum Teil sehr schwierigen Verhandlungen haben sich die Fraktionen im Deutschen Bundestag auf ein gemeinsames Gesetz zur Änderung der staatlichen Parteienfinanzierung geeinigt. Dies ist am 12. November 1993 im Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Das Gesetz enthält folgende wesentlichen Eckpunkte:

- 1.** Die absolute Obergrenze ist im Gesetz mit 230 Mio. DM für 1994 vorgegeben. Ab 1995 sollen anhand eines speziellen Warenkorb für die Parteien die Preissteigerungen durch eine Kommission festgestellt werden. Diese Feststellung soll dann Grundlage eines entsprechenden Beschlusses des Deutschen Bundestages über die Anhebung der absoluten Obergrenze sein. Basis der Preissteigerungsberechnungen ist das Jahr 1991.
- 2.** Die steuerliche Abzugsfähigkeit wird künftig auf natürliche Personen beschränkt bleiben. Insgesamt können 6.000,— DM, bei zusammenveranlagten Ehegatten 12.000,— DM jährlich steuerlich geltend gemacht werden. Dabei können Zuwendungen bis zu einer Höhe von 3.000,— DM/6.000,— DM nach § 34 g EStG geltend gemacht werden, das heißt 50% des zugewendeten Betrages werden von der Steuerschuld abgezogen. Weitere 3.000,— DM/6.000,— DM können nach § 10 b EStG steuermindernd als Sonderausgaben berücksichtigt werden.
- 3.** Spenden von juristischen Personen (u. a. Kapitalgesellschaften, z. B. AG,

GmbH; Vereinen) und anderen Körperschaften bleiben weiterhin zulässig, werden allerdings nicht mehr steuerlich begünstigt.

4. Verbände können bis zu 10 vom Hundert ihrer Einnahmen an politische Parteien spenden, müssen jedoch auf die Spendensummen 50 vom Hundert als Körperschaftsteuer an das jeweils zuständige Finanzamt abführen. Spenden sie mehr als 10 vom Hundert ihrer Einnahmen an politische Parteien, verlieren sie ihre Steuerbefreiung.

5. Die Publikationsgrenze für Zuwendungen einzelner Personen an Parteien wird nach dem Gesetz weiterhin bei 20.000,— DM liegen, wie sie vom Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 9. 4. 1992 festgelegt worden ist.

6. Die Landesverbände und ihnen nachgeordnete Gebietsverbände haben nach neuem Recht ihren Rechenschaftsberichten eine lückenlose Aufstellung aller Zuwendungen je Zuwender mit Namen und Anschrift beizufügen. Diese Listen werden als Grundlage für die Bezuschussung von Mitglieds- und Spendenbeiträgen verwendet, müssen also richtig und vollständig vorliegen. Allerdings wird für 1994 und 1995 übergangsweise eine Bagatellgrenze in Höhe von 200,— DM eingeführt.

Jede Wählerstimme bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen wird in Zukunft mit 1,— DM pro Jahr bezuschusst, wobei die ersten 5 Millionen

Halbzeitparteitag in Bremen

Stärkste Partei 1995 als Zielmarke

„Bis zur Selbstverleugnung an der Macht bleiben, das ist alles, was in der Ampel klappt“, warf CDU-Landeschef Bernd Neumann der Regierungskoalition von SPD, Grünen und FDP beim CDU-Halbzeitparteitag in Bremen vor.

Mit dem für einen Arbeitsparteitag bemerkenswerten Besuch (von den 200 Delegierten waren 192 gekommen) dokumentierte die Weser-CDU, daß sie geschlossen den politischen Machtwechsel gemäß dem Parteitagsmotto „Die Ampel versagt — Wir wollen handeln!“ will.

Die Ampel hat die große Chance, die sich durch die Zahlung von zehn Milliarden Mark aus Bonn für Bremen ergibt, nicht genutzt.

Bernd Neumann

In seinen Ausführungen zur Landespolitik betonte der CDU-Landesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär, Bernd Neumann, die Christdemokraten stünden für eine Regierungsbeteiligung nicht mehr zur Verfügung und konzentrierten sich nunmehr auf die Bürgerschaftswahl 1995:

Wählerstimmen pro Jahr mit 1,30 DM für jede Partei bezuschußt werden sollen. Für jede von der Partei eingenommene Spenden- und Beitrags-DM wird eine staatliche Bezuschussung in Höhe von 0,50 DM erfolgen.

„Dann wollen wir stärkste Partei werden.“

Bereitschaft zur Spitzenkandidatur hat erneut Ulrich Nölle, Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft und Vorstandsmitglied der Sparkasse Bremen, signalisiert. Dieser warf dem Ampel-Senat vor, die Selbständigkeit des Landes zu gefährden. Nach der Teilschuldung durch fast zehn Milliarden DM aus Bonn stehe der Bremer Eigenbeitrag weiter aus. Einstimmig verabschiedete der Landesparteitag den Leitantrag „Wirtschaftsstandort Bremen“.

Darin wird gefordert, die Staatsaufgaben und Staatsbeteiligungen auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren. Außerdem müßten die Verwaltungen schlanker und leistungsfähiger gemacht werden.

Bremer Steuerkraft erhöhen

Notwendig sei auch, mit präventiver Infrastrukturpolitik die Voraussetzungen für das notwendige wirtschaftliche Wachstum zu schaffen und damit die Steuerkraft Bremens zu erhöhen. Zudem verabschiedeten die Delegierten einen Antrag, in dem die Umorganisation der Polizei und die Erhöhung der Polizeipräsenz für mehr Innere Sicherheit gefordert wird.

8. Übersteigen die Gesamtsummen der von den Parteien zu beanspruchenden staatlichen Zuschüsse die absolute Obergrenze, wird eine im Verhältnis der Parteien zueinander prozentuale Kappung erfolgen.

Frauen knüpfen Netze für die Zukunft

Unter diesem Motto hat die Frauen-Union der CDU am 13. und 14. November ihren diesjährigen Bundesdelegiertentag mit Neuwahlen des Bundesvorstands im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn veranstaltet.

Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Grußwort:

„Mit dem Motto Ihrer Tagung „Frauen knüpfen Netze für die Zukunft“ haben Sie sich etwas sehr Wichtiges vorgenommen. Durch intensive Kommunikation und Zusammenarbeit wollen Sie anderen Frauen Mut machen, sich in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik stärker zu engagieren. Dieses Ziel verdient die volle Unterstützung aller Mitglieder der Unionsparteien. Ein Erfolg der Frauen-Union trägt zum Erfolg unserer gemeinsamen Sache ganz wesentlich bei.

Es ist nicht nur Aufgabe der Frauen-Union, sondern der Unionsparteien insgesamt, mehr Frauen für unsere Sache zu gewinnen und uns offen ihren Fragen und Wünschen zu stellen. Das heißt zugleich, daß Frauen in unserer Partei mehr Chancen konkreter Mitgestaltung und Mitverantwortung erhalten müssen. Deshalb sage ich schon seit vielen Jahren immer wieder an die Adresse der Männer in unserer Partei: Macht mit Eurem Bekenntnis zur Gleichberechtigung auch dann ernst, wenn es um die Besetzung von Ämtern und die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten geht.“

Generalsekretär Peter Hintze:

„Gerade Frauen, dies zeigen uns viele Umfragen, erwarten Antworten auf Fragen, die über das Tagesaktuelle hinausrei-

chen; auf Fragen, die unsere Zukunft betreffen. Wir müssen diese Anliegen, die gerade von Frauen artikuliert werden, sehr ernst nehmen und uns ihnen zuwenden. Es sind Problembereiche, denen sich Frauen und Männer gemeinsam in der Politik mit Blick auf das 21. Jahrhundert und in Verantwortung für die kommenden Generationen zuwenden müssen und für die sie Antworten und Lösungen erarbeiten müssen.

Die Zukunfts- und damit auch Mehrheitsfähigkeit unserer CDU hängt nicht zuletzt davon ab, welchen Stellenwert und welche Handlungs- und Einflußmöglichkeiten Frauen in unserer Politik erfahren.

Ich füge gleich hinzu: Frauenpolitik im Sinne von Interessenpolitik und Einschränkung auf bestimmte Themen wäre eine unzulängliche Verengung. Frauenpolitik muß vielmehr als Aufgabe verstanden werden, die alle Politikbereiche betrifft. Frauen müssen sich in unserer gesamten Politik wiederfinden können. Wenn sich Frauen mit ihrem Lebensgefühl in unserer Politik wiederfinden und ihre häufig anders gelagerten Perspektiven und Überzeugungen in unsere Politik einfließen — dann ist dies die beste Chance, daß sie uns auch 1994 das Mandat für die Zukunft geben und wir die strategische Mehrheit erneut gewinnen.“

Rita Süßmuth:

„Politik nach altem Muster trägt nicht mehr. Frauen wird bewußt, daß sie erst dann die Dinge in ihrem Sinne beeinflussen können, wenn die Fäden ihrer Macht gebündelt sind, wenn eine bessere Vernetzung der Frauen erreicht ist. Netzwerke sind Zusammenschlüsse von Menschen,

die miteinander reden, die Ideen und Informationen austauschen, die sich gegenseitig helfen.

Wenn wir als Frauen wirklich mehr Einfluß gewinnen wollen, müssen wir uns zuerst die Zusammenarbeit erleichtern und nicht erschweren.

Dazu gehört auch, Mitstreiterinnen zu suchen, andere von Erfahrungen profitieren zu lassen, Anregungen geben und sich anregen lassen.

Ein Netzwerk funktioniert aber nur in dem von mir beschriebenen Sinne, wenn jede einzelne Frau sich bewußt ist, daß es von ihrem Engagement, von ihrer Bereitschaft, Informationen weiterzugeben, abhängt, wie erfolgreich Netzwerke arbeiten können. Wer nach altem Muster erwartet, daß mit der Mitgliedschaft im Netzwerk in erster Linie Ansprüche an andere erhoben werden können, hat die Idee nicht verstanden.

Gerade in den letzten Wochen habe ich festgestellt, daß sich Frauen von der Vernetzung viel versprechen. Wir besinnen uns damit auf unsere eigenen Kräfte, ohne diejenigen — Männer und Frauen — ausschließen zu wollen, die unsere Einschätzungen teilen.“

Angela Merkel:

„Politik für Frauen wendet sich nicht allein an Frauen, sie kann nicht allein von Frauen getragen und erst recht nicht allein von Frauen durchgesetzt werden. Wir müssen für unsere Politik Mehrheiten finden. Mehrheiten unter den Frauen in der Partei, Mehrheiten in der Partei, Mehrheiten bei den Wählerinnen und Wählern. Wir müssen sie davon überzeugen, daß die CDU die besseren Konzepte für eine Sicherung der Zukunft hat.

Was mit dem frauenpolitischen Anspruch auf eine partnerschaftlichere Gesellschaft, nämlich durch neue Arbeitszeit-

formen die Verantwortung zwischen häuslichem und beruflichem Engagement von Frauen und Männern gerechter zu verteilen, nicht gelang, kann vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gelingen. Denn seitdem Volkswagen die Arbeitszeitverkürzung propagiert, damit Entlassungen vermieden werden können, ist die Diskussion um solche neue Formen sachlicher geworden. Ergreifen wir die Chance, daß sie zu einem qualitativen Sprung für unsere gesellschaftliche Entwicklung genutzt wird.

Wir müssen die Arbeit anders verteilen: Und zwar nicht nur die berufliche, sondern auch die häusliche. Denn die Gesamtarbeitszeit eines Menschen setzt sich sowohl aus der am Arbeitsplatz verbrachten Zeit als auch aus den Arbeitsstunden zusammen, die für die häuslichen Pflichten geleistet werden.

Nur wenn wir hier zu einem neuen Gleichgewicht kommen, kann das Dilemma aufgelöst werden, das darin besteht, daß die entscheidende Zeit für den beruflichen Aufstieg im allgemeinen mit dem Lebensabschnitt zusammenfällt, in dem die Kinder klein und die Aufgaben in der Familie am größten sind.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo die vermeintlichen Themen der Frauenpolitik zu Themen geworden sind, die über unsere Zukunft mitbestimmen, ja, ich gehe noch weiter, die darüber wesentlich mitentscheiden, ob wir als eine der führenden Industrienationen noch Zukunft haben.“

Heiner Geißler:

„Wir sollten uns in den nächsten Monaten darauf konzentrieren — und zwar von den Inhalten her —, daß die Union bei der Bevölkerung wieder mehrheitsfähig wird. Das ist eine Frage, die mit der Frau-

enpolitik zusammenhängt. Wir müssen uns wieder in die Mitte der Wünsche, der Interessen, der Ziele der Menschen begeben. Deshalb glaube ich, daß es ein schwerer Fehler wäre, wenn wir jetzt hinter Essen zurückgingen und in der Union zuließen, daß die Frauen wieder eingeteilt werden in zwei Sorten: Die einen, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, und die anderen, die sich entscheiden für die Familienarbeit. Die jungen Menschen haben nicht die Sehnsucht danach, daß ihnen Rollen vorgegeben werden, sondern erwarten, daß sie Kinder, Familienarbeit und berufliche Tätigkeit miteinander vereinbaren können.

Was wir heute brauchen, ist nicht eine Anti-Emanzipationsbewegung, sondern eher eine Feminisierung unserer Gesellschaft, weil ich davon überzeugt bin:

Wenn mehr Frauen mehr Verantwortung und Aufgaben in unserer Gesellschaft haben, dann wird unsere Gesellschaft gleichzeitig auch friedlicher und gerechter. Was wir brauchen, um die Vernetzung herzustellen, ist eine Bewußtseinsänderung. Die Frauenfrage ist zunächst einmal eine Männerangelegenheit — und sie ist eine Machtfrage. Für Millionen von Frauen verbindet sich die Hoffnung auf Gleichberechtigung, auf den Abbau von Benachteiligungen und auf echte Partnerschaft auch mit Personen. An der Spitze der Popularitätsskala steht Rita Süßmuth. Deshalb würde ich vorschlagen, daß wir in den nächsten Wahlkampf mit diesem Bundeskanzler, aber auch mit einer Mannschaft hineingehen, zu der auf jeden Fall auch die Rita Süßmuth gehört.“

Wahl des Bundesvorstands

der Frauen-Union 1993

Vorsitzende: Rita Süßmuth 284 **Stimmen**

Stellvertr. Vorsitzende:

Doris Pack 288

Barbara Stober 243

Gabriele Wiechatzek 241

Kerstin Claubert 207

Sabine Klenke 191

Wahl der Schriftführerin: Karin Lück 176

Beisitzerinnen:

Otti Geschka (Hessen) 318

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (Niedersachsen) 295

Irmgard Vogelsang (Niedersachsen) 259

Maria-Theresia Opladen (NRW) 249

Renate Diemers (NRW) 247

Esther Mikfeld (Hessen) 215

Ulrike Schreiber (Bremen) 212

Bärbel Steinkemper (NRW) 211

Rita Fritz (NRW) 209

Susanne Rahardt-Vahldieck (Hamburg) 197

Annemarie Engelhardt (Baden-Württemberg) 193

Ingrid Zahn (Schleswig-Holstein) 190

Karin Jeltsch (Baden-Württemberg) 189

Carmen Stange (Sachsen-Anhalt) 188

Gesinde Matthes-Liebers (Sachsen) 186

Christina Tasch (Thüringen) 183

Inge Spoerhase-Eisel (Saarland) 177

Im zweiten Wahlgang gewählt:

Helga Hammer (Rheinland-Pfalz) 208

Rosemarie Krause (Mecklenburg-Vorpommern) 153

Anne-Karin Glase (Brandenburg) 145

Jugendfreie Zonen darf es nicht geben

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Gewinnung jüngerer Wählerinnen und Wähler sowie eine Verjüngung der Mitglieder und somit auch der Funktions- und Mandatsträger stellen für die CDU entscheidende Herausforderungen dar. Man kann ohne Übertreibung sagen, an diesen Fragen entscheidet sich trotz der demographischen Entwicklung unsere künftige Handlungs- und Mehrheitsfähigkeit. Die Gewinnung der Jugend wird immer mehr zu einer Schicksalsfrage für die Union.

Die letzten Ergebnisse der Bürgerschaftswahl in Hamburg, aber auch vom Bundesministerium für Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Umfragen zeigen, daß die CDU in der Frage der Zukunftsfähigkeit von den Jungwählerinnen und Jungwählern nur noch auf Platz drei hinter SPD und Grünen genannt wird.

Bedenkliche Altersstruktur

Während der Anteil der CDU-Mitglieder unter 30 Jahren 1980 noch fast 11 Prozent und 1985 noch 8,3 Prozent betrug, lagen wir 1990 bei 6,6 Prozent, und die Zahlen gehen weiter zurück. Mehr als 20 Prozent der CDU-Ortsverbände haben zur Zeit kein Mitglied unter 30 Jahren, über 300 Ortsverbände keine Mitglieder unter 40 Jahren.

Auch die Altersstruktur der Jungen Union hat sich bedenklich entwickelt. 1980 waren knapp 16 Prozent der Mitglieder zwischen 31 und 35 Jahren, 1990 waren es bereits 29,5 Prozent. Diese Mitglieder verlassen die Junge Union in den nächsten fünf Jahren, meist ohne von den Kreisparteivorsitzenden angesprochen zu werden, und sind, sofern sie nicht schon Mitglied der Partei sind, für unsere christdemokratische Sache verloren.

Die Werbung von JU-Mitgliedern für die CDU spätestens kurz vor Erreichen der JU-Altersgrenze muß deshalb besser organisiert und gezielter durchgeführt werden. Gerade die neuen Überlegungen zu einer modern ausgestatteten Mitgliederverwaltung machen es möglich, auf Kreisebene gezielt für eine Mitgliedschaft in der CDU zu werben, wenn die Altersgrenze in der Jungen Union erreicht ist.

Die CDU kann es sich auf Dauer nicht leisten, zur Zeit rund 100.000 junge Menschen, die Mitglied in der Jungen Union, aber nicht in unserer Partei sind, einfach „ziehen zu lassen“.

Natürlich ist für die Gewinnung jüngerer Mitglieder und Wähler von besonderer Bedeutung, daß inhaltliche Anliegen, aber auch das Lebensgefühl junger Leute, in allen Verantwortungsbereichen wirksam vertreten werden. Jugendfreie Zonen darf es auf Dauer in unserer Partei nicht mehr geben.

In diesem Sinne bitten wir alle verantwortlichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger in Junger Union und CDU, sich verstärkt dieser Frage zuzuwenden, um über diesen Weg sicherzustellen, daß zukünftig verstärkt junge Leute den Weg in unsere Partei finden.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-J. Reck
Axel Wallrabstein

Hans-J. Reck und Axel Wallrabstein

Materialien zur Europa-Aktion der Jungen Union

T-Shirt

„Wir sind das junge Europa“
 XL: pro 1 Expl. 14,95 DM
 XXL: pro 1 Expl. 14,95 DM

Außenaufkleber

„Wir sind das junge Europa“
 pro 100 Expl. 16,— DM

Plakat

„Wir sind das junge Europa“
 pro 20 Expl. 10,— DM

Bleistifte

„Wir sind das junge Europa“
 pro 100 Expl. 27,— DM

Reprovorlage

„Wir sind das junge Europa“
 pro 1 Expl. 1,— DM

Rahmenflugblatt (farbig)

„Wir sind das junge Europa“
 pro 100 Expl. 8,— DM

Broschüre

„Kurs Europa“
 (Beschlüsse des Deutschlandtages
 1992)

pro 1 Expl. 1,— DM

Broschüre

„Politik interessiert mich nicht“
 pro 10 Expl. 8,90 DM

Faltblatt

„Politik interessiert mich nicht“
 pro 50 Expl. 14,50 DM

Baumwolltasche

„Wir sind das junge Europa“
 pro 1 Expl. 1,— DM.



Der Versand erfolgt nach den bekannten Versandbedingungen der Jungen Union Deutschlands. Wir bemühen uns, die Lieferung schnellstmöglich auszuführen. Bei Paketen (ab 2 kg) erfolgt der Versand unfrei, damit entfällt gleichzeitig der Versandkostenanteil in Höhe von 5,— DM.

Zahlungsbedingungen: Die bestellten Materialien bleiben bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum der Jungen Union Deutschlands. Die Zahlung hat im voraus per Verrechnungsscheck oder mit Erteilung der unten stehenden Einzugsermächtigung zu erfolgen.

Bestellungen an:

Junge Union Deutschlands
Annaberger Straße 283
53175 Bonn
Tel. (0228) 31 00 11
Fax (0228) 38 45 20

Materialien zur Grundsatzprogrammdiskussion

● Freiheit und Verantwortung Leitantrag an den 5. Parteitag

Bestell-Nr.: 5735

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 34,50 DM

● Leitfaden zur Diskussion (Materialien 1)

Bestell-Nr.: 3570

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 13,— DM

● Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen

über den Wertewandel im
Grundsatzprogrammentwurf
(Materialien 2)

Bestell-Nr.: 3574

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 29,50 DM

● Die CDU und das „C“ Beiträge zum grundlegenden Selbstverständnis der CDU Deutschlands (Materialien 3)

Bestell-Nr.: 3575

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 18,50 DM

● Gesellschaftspolitik (Materialien 4)

Bestell-Nr.: 3607

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 18,50 DM

● Wirtschaftsstandort Deutschland

Chancen nutzen — Zukunft
gestalten (Materialien 5)

Bestell-Nr.: 3611

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 25,25 DM

● Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt (Materialien 6)

Bestell-Nr.: 3612

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 17,25 DM

● Rahmenflugblatt DIN A4: Im Gespräch: Ein neues Grund- satzprogramm

Bestell-Nr.: 1582

Verpackungseinheit: 500 Expl.

Preis je 500 Expl.: 19,— DM

● Rahmenplakat DIN A1: Im Gespräch: Ein neues Grund- satzprogramm

Bestell-Nr.: 8583

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 29,— DM

Im Gespräch:
Ein neues
Grundsatzprogramm

Materialien 5
Wirtschaftsstandort
Deutschland
Chancen nutzen—
Zukunft gestalten!

CDU

Aktuelle Broschüren

● **Texte zur Gewaltproblematik**

Extremistische und ausländerfeindliche Aktionen sind nur eine Facette der allgemein steigenden Gewaltbereitschaft in Deutschland. Ein weiteres Problem ist z. B. die wachsende Gewaltbereitschaft und dementsprechende Aufrüstung bereits im Kindesalter.

Diese Broschüre informiert anhand von verschiedenen Redebeiträgen und Beschlüssen über den Standpunkt der CDU zu diesem Thema:

Bestell-Nr.: **3614**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 19,50 DM

● **Die REP — Gefahr von Rechts**

Erläuterungen und Wortlaut des Abgrenzungsbeschlusses der CDU, beschlossen auf dem 3. Parteitag

Bestell-Nr.: **5554**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 9,50 DM

● **Kriminalität entschlossen bekämpfen — Innere Sicherheit stärken**

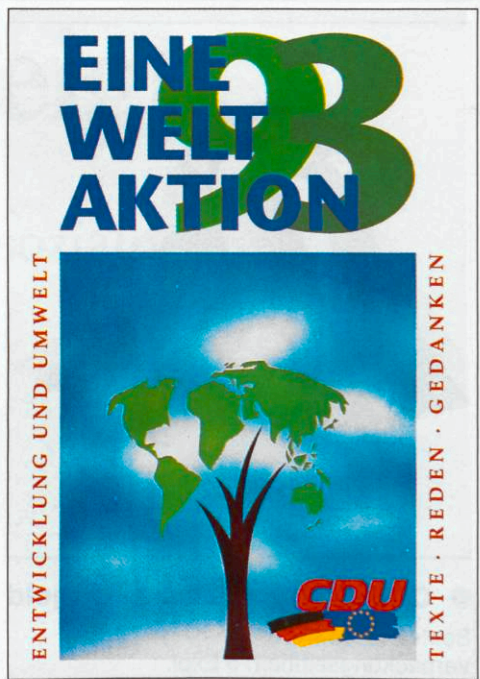
Die Innere Sicherheit, das ist eines der dringendsten innenpolitischen Themen, welches auch im kommenden Wahljahr entscheidend sein wird. Der nun vorliegende Beschluß vom 4. Parteitag, mit der Einführungsrede von Rudolf Seiters, soll deutlich machen, daß Freiheit und Sicherheit der Bürger zusammengehören. Deshalb enthält dieser Beschluß ein eindeutiges Bekenntnis zu Polizei und Verfassungsschutz.

Bestell-Nr.: **5730**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 21,— DM

● **Eine Welt-Aktion 93**

Umwelt- und Entwicklungspolitik im globalen Zusammenhang. Texte — Reden — und Gedanken zur aktuellen Umwelt- und Entwicklungspolitik der CDU

Bestell-Nr.: **5596**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 14,50 DM



Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (054 23) 4 15 21

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Für die kalte Jahreszeit: Winterschal



● CDU-Schal, schwarz-rot-gold

Bestell-Nr.: 9362

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 47,25 DM

Der CDU-Winterschal sollte jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen, denn dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (054 23) 4 15 21

Alle Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer inklusive Versand

UiD

37/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.